

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Abg. Waldästl sagte, es sei die Intention des Antrages, dass man sich in einer gemeinsamen Fachausschusssitzung mit den Plänen der Ansiedlung von PCC auf dem Gelände der Evonik in Niederkassel befassen wolle.

Im Hinblick auf den Wirtschaftsfaktor für den Rhein-Sieg-Kreis und die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner bzw. den Bürgerinitiativen gelte es, eine sinnvolle Abwägung zu treffen.

Hierfür halte er eine Vorstellung des Projektes durch Experten für sinnvoll, um sich ein eigenes Bild zu machen und sich entsprechend zu positionieren. Es gehe ebenso um den Umweltschutz und die Anwohnerinteressen.

Der Landrat erwiderte, es läge derzeit kein Antrag der Firma PCC vor. Absehbar werde ein solcher Antrag, wenn er gestellt werden sollte, zur Zuständigkeit der Bezirksregierung führen, sodass der Rhein-Sieg-Kreis lediglich als Träger öffentlicher Belange berührt sei.

Darüber hinaus würden gemeinsame Sitzungen eine Anmietung einer größeren Veranstaltungsstätte erfordern, da - erst recht unter Corona-Regeln – das Kreishaus keine ausreichend großen Sitzungsräume aufweise. Eine externe Anmietung würde pro Sitzung erfahrungsgemäß einen mittleren vierstelligen Betrag kosten.

Abg. Steiner sagte, er sei der Ansicht, dass es sich bei dieser Thematik um eine kommunale Angelegenheit handele, sodass sich die kommunale Seite zunächst eine Meinung bilden müsse. Er bitte darum, dass der Rhein-Sieg-Kreis nicht in die Kompetenzen der Kommunen eingreife. Aus diesem Grund werde man den Antrag ablehnen.

Abg. Kemper sagte, man sehe ebenfalls die Zuständigkeit bei der Stadt Niederkassel. Zudem vermisse man in der Liste der Eingeladenen die Naturschutzverbände. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Abg. Horst Becker sagte, der Landrat habe mit der Aussage Recht, wonach der Rhein-Sieg-Kreis als Träger öffentlicher Belange später zu beteiligen sei. Er bat darum, dass dann die Stellungnahme in den zuständigen Fachausschüssen beraten werde.

Abg. Waldästl erwiderte, es gehe darum, dass der Rhein-Sieg-Kreis frühzeitig seiner Verantwortung für die Wirtschaftsförderung sowie für den Klima- und Umweltschutz

gerecht werde und nicht erst, wenn die entsprechenden Anträge gestellt seien. Von daher halte seine Fraktion den Antrag aufrecht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen.